



Aufhebung der Haushaltssperre: Bündnis drängt auf Planungssicherheit für soziale Arbeit

Mit großem Erstaunen nimmt unser Bündnis die kurzfristige Aufhebung der Haushaltssperre zur Kenntnis, ohne dass konkrete Maßnahmen bekannt oder bewertbar wären. Zugleich weisen wir darauf hin, dass für den Bereich der sozialen Daseinsvorsorge Kürzungen nicht in Frage kommen können. Die aktuelle Situation innerhalb der Bevölkerung und auf dem Wohnungsmarkt lassen dies schlicht nicht zu.

Die Anforderungen und Aufgaben der sozialen Arbeit sind in den Krisenjahren massiv gestiegen, deshalb muss es hier statt Mittelkürzungen einen Ausgleich für Inflation und Personalkostensteigerungen geben.

Die kurzfristig ausgerufenen Haushaltssperre hat zu massiver Unruhe und Ärger im ohnehin belasteten Sozialwesen geführt und existenzielle Sorgen ausgelöst. Wir fordern die Landesregierung auf, die seit Monaten nicht bearbeiteten Bewilligungsbescheide schnellstmöglich an die Träger zu versenden. Diese sind zum Teil in Vorleistung gegangen und nicht wenige bangen nun um ihre Existenz.

Auch Fördermittel für Wohnen und sozialen Wohnungsbau dürfen nicht gekürzt werden. Es wäre der falsche Weg, heute zu kurz gedachte Entscheidungen zu treffen, die langfristig die Situation von Hilfebedürftigen und auf dem Wohnungsmarkt weiter verschlechtern würden. Stattdessen fordern wir eine langfristige und auskömmliche Planung für die nächsten Jahre unter Einbeziehung der Verbände.

Unterzeichnende Verbände:

Arbeiterwohlfahrt Schleswig-Holstein, Michael Selck
 Caritas Schleswig-Holstein, Günther Oelscher
 Deutscher Gewerkschaftsbund Nord, Laura Pooth
 Deutsches Rotes Kreuz Schleswig-Holstein, Anette Langner
 Diakonie Schleswig-Holstein, Heiko Naß
 Jüdische Gemeinschaft Schleswig-Holstein, Viktoria Ladyshenski
 Kinderschutzbund Schleswig-Holstein, Irene Johns
 Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen, Svenja Mix
 Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Schleswig-Holstein, Inna Shames
 Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung Schleswig-Holstein e.V., Dr. Christian Schmidt-Rost
 Mieterbund Schleswig-Holstein, Ann Sophie Mainitz
 PARITÄTISCHER Schleswig-Holstein, Michael Saitner
 Sozialverband Schleswig-Holstein, Alfred Bornhalm
 Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen, Andreas Breitner